



LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT
RHEINLAND-PFALZ

GEMEINSAM LEBEN –GEMEINSAM LERNEN e.V.

LAG Rheinland-Pfalz · Gemeinsam Leben · Gemeinsam Lernen e. V.
Carl-Friedrich-Gauß-Straße 34 · 67063 Ludwigshafen

**Stellungnahme
der Landesarbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen e.V.**

**zu dem Antrag der CDU - Fraktion
„Bessere Bildungs- und Teilhabechancen für behinderte Kinder in Rheinland-Pfalz“**

anlässlich der öffentlichen Anhörung am 8. Juni 2010 im Landtag von Rheinland-Pfalz

Die Landesarbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen e.V. bedankt sich für die Möglichkeit, zu dem Antrag der CDU-Fraktion im Landtag schriftlich Stellung nehmen zu können. Zugleich bedauern wir, dass die Betroffenen bei der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Bildung und Jugend selbst nicht zu Wort kommen.

Unter Berufung auf die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen fordert der Antrag der CDU-Fraktion bessere Bildungs- und Teilhabechancen für behinderte Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz. Im Kern werden zwei Forderungen erhoben, von denen eine Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen ausgehen soll: den uneingeschränkten Erhalt der Förderschulen in allen Jahrgangsstufen sowie die Einführung eines berufsqualifizierenden Förderschulabschlusses. Hierzu nimmt die LAG wie folgt Stellung.

Die Forderung nach dem uneingeschränkten Erhalt der Förderschulen in allen Jahrgangsstufen wird u.a. mit dem Verweis auf Artikel 7 der UN-Konvention begründet. Dort wird ausgeführt, dass bei allen Entscheidungen über Maßnahmen, bei denen Kinder mit Behinderungen betroffen sind, das Wohl des einzelnen Kindes im Vordergrund zu stehen hat. Hieraus wird zu Recht die Forderung abgeleitet, dass individuelle Lösungen für behinderte Kinder und Jugendliche im Rahmen einer Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Schule zu finden seien. Dieser Argumentation kann sich die Landesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen anschließen.

Hingegen teilt die LAG nicht die Auffassung, wonach insbesondere in den Förderschulen der Ort zu sehen ist, der den Bildungsbedürfnissen behinderter Kinder und Jugendlicher in besonderer Weise gerecht wird. Bildungsstudien belegen, dass sich die Struktur der Förderschulen nicht bewährt hat. Vielmehr erzeugt unser Schulsystem nach wie vor jährlich etwa 50 Prozent der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf unter dem Hinweis „Dieses Kind gehört nicht in diese Schule“ selbst. Es weist diese Kinder den Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen zu, weil Lehrkräfte und allgemeinbildende Schulen zu wenig dazu befähigt und in die Lage versetzt werden, jedes Kind gemäß seinen Ressourcen individuell zu fördern. Dadurch wird eine Form der Sonderbeschulung

aufrecht erhalten, deren Ineffektivität bekannt ist und deren Nachteile insbesondere für die so genannten lernbehinderten Kinder seit vielen Jahren auch wissenschaftlich nachgewiesen ist (siehe z.B. Förderschulgutachten Klaus Klemm/Untersuchungen Hans Wocken).

Zur Rechtfertigung eines uneingeschränkten Erhalts der Förderschulen kann Artikel 24 der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen nicht herangezogen werden. In Artikel 24 wird behinderten Kindern und Jugendlichen der uneingeschränkte Zugang zu einem *integrativen hochwertigen Unterricht an allgemeinbildenden Schulen in der Gemeinschaft zugesichert, in der sie leben*. Nach der Konvention erhalten sie in der Schule die notwendige Unterstützung, um ihnen eine erfolgreiche Bildung zu erleichtern. Diese Unterstützung soll individuell angepasst sein, mit dem Ziel einer vollständigen Integration in ein Umfeld, das die bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet. Die angemahnte neue Bildungspartnerschaft zwischen Eltern und Schule, die die persönliche Situation und die Bedürfnisse des behinderten Kindes und seine Förderung in den Mittelpunkt stellt, ist nicht an die Förderschule als der individuell richtige Lernort gebunden. Sie ist ein Kernelement eines jeden erfolgreichen Schulsystems. Bildungspartnerschaft und individuelle Förderung sind gerade in einem nicht-aussondernden, inklusiven Bildungssystem zentrale Säulen.

Die UN-Konvention gibt vor, dass die primären Lern- und Förderorte für behinderte Kinder und Jugendliche nicht Förderschulen, sondern allgemeinbildende Schulen sind. Diese Lernorte sind so zu gestalten, dass sie der individuellen Förderung *aller* Kinder gerecht werden, also inklusiven Charakter haben. Folgt man der UN-Behindertenrechtskonvention, so liegt es im Wohl des behinderten Kindes, wenn es gemeinsam mit anderen in einer allgemeinen Schule unterrichtet wird. Die Beschulung eines behinderten Kindes in einer Förderschule kann damit nur in begründeten Ausnahmefällen mit dem Wohl des Kindes gerechtfertigt werden. Die internationale Anwaltskanzlei Latham & Watkins hat 2009 im Auftrag der Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen ein umfassendes Gutachten zu der völkerrechtlichen Frage des inklusiven Unterrichts in Deutschland erstellt. Dieses Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass es dem Wohl des Kindes schadet und der Tatbestand der Diskriminierung erfüllt ist, wenn ein Kind gegen seinen oder seiner Elternwillen in eine Förderschule eingewiesen wird.

Vor diesem Hintergrund ist die Forderung Nr. 2 des Antrages der CDU-Fraktion aus Sicht der LAG äußerst problematisch. Dort wird die Integration behinderter Kinder in allgemeinbildenden Schulen von der Bedingung abhängig gemacht, dass diese „den Zielen der Förderpädagogik und den Bedürfnissen und Fähigkeiten des Kindes oder Jugendlichen entspricht“. Damit steht nicht mehr das uneingeschränkte Recht auf schulische Integration im Vordergrund der Bemühungen, sondern Integration wird konditional gewährt. Die Bedingungen wiederum sind so allgemein formuliert, dass sie einer aussondernden Beschulung Tür und Tor öffnen. Dies widerspricht in eklatantem Maße dem Geist der UN-Konvention! Die reklamierten Ziele der Förderpädagogik unterscheiden sich nicht von denen der allgemeinen Pädagogik, nach denen in allgemeinbildenden Schulen unterrichtet wird, nämlich die Fähigkeiten, die Persönlichkeit, das Selbstwertgefühl und das Empfinden der eigenen Würde *aller* Kinder zu fördern.

In der Forderung Nr. 3 vermisst die LAG ein klares Bekenntnis dazu, dass behinderte Kinder nicht gegen ihren eigenen Willen oder den ihrer Eltern von einem integrativen Bildungssystem als Lern-

und Förderort ausgeschlossen werden dürfen. Alle Eltern eines behinderten Kindes müssen das uneingeschränkte Recht erhalten, ihr Kind wohnortnah in einer allgemeinbildenden Schule unterrichten zu lassen.

Forderung Nr. 4 mahnt ein Höchstmaß an Durchlässigkeit in den schulischen Angeboten und Fördermöglichkeiten der Förderschulen und den allgemeinbildenden Schulen an. Die LAG unterstützt diese Forderung nachdrücklich, sofern dies die Durchlässigkeit von den Förderschulen in die allgemeinbildenden Schulen betrifft. Die derzeitige Praxis zeigt jedoch, dass die Durchlässigkeit vor allem in einer Selektion in Richtung Förderschulen besteht und die bestehenden Strukturen nicht erwarten lassen, dass sich hieran etwas ändert.

Die Forderung Nr. 5 nach verbindlichen und transparenten Qualitätskriterien zur Beurteilung der Angebote für behinderte Kinder und Jugendliche im Bildungssystem, wird von der LAG begrüßt. Qualitätssicherung und Evaluation sind auch in einem inklusiven Schulsystem die Grundlage zur Verbesserung der Bildungschancen behinderter Kinder.

Die Forderung Nr. 6 berührt die Zukunft der Förderschulen. Nach Auffassung der LAG sind Förderschulen – wie auch Schwerpunktschulen – langfristig in inklusiv zu gestaltende Regelschulen zu überführen. Dies setzt voraus, dass Förderschulen nicht in ihrer bisherigen Struktur und Funktionsweise – wie in Forderung Nr. 1 des Antrages formuliert – bestehen bleiben. Der Aufbau eines den UN-Kriterien entsprechenden inklusiven Schulsystems lässt sich nicht finanzieren, wenn weiterhin ein viergliedriges Schulsystem vorgehalten wird. Als eine erste Maßnahme fordert die LAG eine zeitnahe Schließung der Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen. Die sonderpädagogischen Kompetenzen sind eine wichtige Ressource unseres Bildungssystems. Diese sollte dem allgemeinbildenden Schulsystem zugutekommen. Die Bildung von Kompetenzzentren kann ein erster Schritt in diese Richtung sein, langfristig ist aber darauf hinzuwirken, dass Sonderpädagogen zu einem festen Bestandteil der Kollegien allgemeinbildender Schulen werden.

Die Forderung Nr. 7 sieht in der Einführung eines neuen berufsqualifizierenden Förderschulabschlusses eine Möglichkeit, Brücken zu einer besseren gesellschaftlichen Teilhabe zu bauen. Der Übergang von der Schule in den Beruf stellt die meisten Jugendlichen mit einer Behinderung vor immense Herausforderungen. In der Schaffung eines neuen sogenannten berufsqualifizierenden Abschlusses für Förderschüler sieht die LAG vornehmlich das Bemühen, ein aussonderndes Schulsystem zu zementieren und einen untauglichen Versuch zur Verbesserung der gesellschaftliche Teilhabe. Notwendig sind aus Sicht der LAG eine frühzeitige interdisziplinäre Berufs- und Zukunftsplanung aller Schülerinnen und Schüler unter Einbeziehung der Schulen, Arbeitsagenturen und der Integrationsfachdienste, eine bessere Vernetzung zwischen Unternehmen und Schulen für Praktika, v.a. aber eine Ausweitung der integrativen Beschulung in den Berufsschulen im Rahmen des Berufsvorbereitungsjahres.

Der Forderung Nr. 8 nach einer deutlichen Ausweitung der förderpädagogischen Fortbildungen stimmt die LAG nachdrücklich zu, sofern sich diese auch an Regelschullehrer richten und zu einer Modifikation der Lehrerbildung führen. Eine Lehrerbildung, die den Umgang mit heterogenen

Lerngruppen vermittelt, ist eine Voraussetzung, um ein erfolgreich arbeitendes inklusives Schulsystem aufzubauen zu können.

Nach Auffassung der Landesarbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen fordert die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen zu einem Paradigmenwechsel hin zu einem inklusiven Schulsystem auf. Wie dieser Wandel in Rheinland-Pfalz zu gestalten ist, wird in dem Antrag der CDU-Fraktion leider nicht näher ausgeführt. Wird die undifferenzierte Forderung nach einem generellen Erhalt der Förderschulen umgesetzt, sieht die LAG die große Gefahr, dass der Aufbau eines Inklusiven Schulsystems verhindert und ein aussonderndes, viergliedriges Schulsystem zementiert wird.

Ludwigshafen, den 02.06.2010

Dr. Peter Aymanns

Stellvertretender Vorsitzender der LAG